

Der Tarmed war von Anfang an ein teurer Murks, der vor allem den Hausärzten nichts und der FMH



fast nur Ärger und Zwietracht innerhalb der eigenen Reihen eingetragen hat. Die Hausarzt-Initiative war der Versuch, den Hausärzten mit vieljähriger Verspätung zu jener Anerkennung und jener Entschädigung für die täglich geleistete Arbeit zu verhelfen, die sie auch verdienen. Doch leider, der Erfolg

der Initiative besteht im Wesentlichen darin, dass die Tarmed-gedeckelten Ausgaben für den

diesen neuen Einflussbereich gewöhnen – wie leider auch etliche Kolleg(inn)en. Die Politik wird – die Entwicklung zu Ende gedacht unvermeidlich – in Zukunft über das Einkommen der Ärzte entscheiden. Wir machen einen weiteren Schritt in Richtung Staatsmedizin.

Natürlich war diese Entwicklung bereits im Tarmed angelegt. Einige – leider eine knappe Minderheit – der Kolleginnen und Kollegen haben das bereits zu Beginn erkannt, aber die Fehlentwicklung nicht verhindern können. Immerhin liess sich im Rahmen von mühsamen, aber am Ende immer wieder ohne staatliche «Hilfe»

Der böse Fluch der guten Tat

ambulanten ärztlichen Bereich des Gesundheitswesens um gerade mal 200 Millionen aufgestockt werden. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass das fachlich ahnungslose, ausschliesslich politisch motivierte und dirigierte BAG die versprochene Aufstockung dergestalt in einem revidierten Tarmed unterbringt – beziehungsweise unterbringen lässt –, dass sich endlose Diskussionen über die betriebswirtschaftlich korrekte und gerechte Abbildung der Leistungen aller Fachärzte nicht vermeiden lassen. Eine neue ZerreiSSprobe für die FMH ist vorprogrammiert. Am schlimmsten aber: «Die Politik» gewinnt dank der Hausarzt-Initiative Einfluss auf eine der heikelsten Stellen ärztlicher Standespolitik: die Ausgestaltung der Entschädigung beziehungsweise Entlöhnung der Ärzte. Die Politiker werden sich rasch an

möglichen Revisionen eine Art Autonomie beibehalten. Der Staat stand nur im Hintergrund bereit, mischte sich aber nicht aktiv in die «Lohnverhandlungen» ein. Nun öffnet die Hausarzt-Initiative der Politik Tor und Tür. Kein Wunder: wer vom Staat etwas will und erst recht wer etwas von ihm erhält, darf sich nicht wundern, wenn der auf einmal mitreden will. Es ist nichts Neues: Gute Taten und gute Absichten zeitigen nicht selten böse Folgen. Die (inzwischen zurückgezogene) Hausarzt-Initiative droht zu einer dergestalt «guten Tat» zu werden.

Richard Altorfer